Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt

Postscheckkonto: Dresden 1480. Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 209. Mittwoch, 7. September 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Beginn der großen Aussprache in Genf.

Revision!

Wenn sich das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit gegen den Gedanken eines Ostlocarnos wenden muß, so geschieht dies aus der Erkenntnis, daß der Wahnsinn der Grenzziehung im deutschen Osten schon aus Gründen der Selbsterhaltung des Volkes niemals von einer deutschen Regierung für ewige Zeiten garantiert werden kann. Deutschland ist sich seiner Wehrlosigkeit und Ohnmacht bewußt. Es kann und darf daher nicht an den Versuch denken, durch Waffengewalt das wiederherzustellen, was das Selbstbestimmungsrecht und die nationale Einheit des deutschen Volkes bedingt. Wenn das deutsche Volk ohne Unterschied der Parteien für eine Revision der Friedensverträge eintritt, so geschieht dies nur in der Hoffnung, daß auch auf einem friedlichen Wege die Diktatoren der Friedensverträge von der Notwendigkeit überzeugt werden könnten, Diktate zu annullieren, die nicht nur Deutschlands Zukunft, sondern auch die Europas im höchsten Maße gefährden. Man sage nicht, daß diese deutschen Bestrebungen so ganz ohne Widerhall in der Welt unserer ehemaligen Feinde geblieben sind. Wer sich über das Fortschreiten der Revisionsidee unterrichten will, der verfolge einmal den Pressekampf, den seit einigen Monaten der Londoner Zeitungsgewaltige, Lord Rothermere, in seinen Organen gegen das Verbrechen des Trianoner Friedensvertrages eingeleitet hat. Ebenso wie es verfehlt wäre, die Aktion Lord Rothermeres zu überschätzen, ebenso verfehlt wäre es, ihr jede Bedeutung abzusprechen. Die Zeitungen dieses englischen Zeitungskönigs erscheinen täglich in über 2 Millionen Exemplaren. Durch seine Verbindungen mit amerikanischen Pressekonzernen hat es Lord Rothermere durchgesetzt, daß seine Kampfartikel gegen Trianon in über 70 amerikanischen Zeitungen erscheinen. Die Ausdehnung, die dieser Engländer seiner Campagne zu geben vermag, bürgt daher auch für eine Wirkung, die nicht zu unterschätzen ist.

Welche Beweggründe bewogen Lord Rothermere, sich einer Sache anzunehmen, an der sein Land nicht unmittelbar beteiligt ist? Zunächst vermutlich die Erkenntnis des Unrechts, das durch den Vertrag von Trianon Ungarn angetan worden ist. Dann schließlich auch das Wissen, daß England nicht ganz frei von Schuld an dem Werden dieses Unrechts anzusprechen ist. Als damals die Sieger am grünen Tisch zusammensaßen, um die „Beute" zu verteilen, gelang es der emsigen Geschäftigkeit der Vertreter Bukarests, Belgrads und Prags, die Weltmächte, insbesondere England, davon zu überzeugen, daß der Friede Europas nur durch eine Zerstückelung Ungarns gewährleistet werden könnte. Die Argumente, mit denen damals die Agenten der heutigen Kleinen Entente spielten, waren sehr einfach. Man bezichtete die ungarische Regierung als einen der Hauptschuldigen am Ausbruch des Weltkrieges, bezeichnete ihre Minderheitenpolitik als eine der Hauptursachen des Balkanübels und verlangte daher eine exemplarische Bestrafung. Die Argumente wirkten. England und die Weltmächte gaben ihr Einverständnis, daß nahezu zwei Drittel des ungarischen Besitztums unter Rumänien und die österreichischen Erbfolgestaaten verteilt wurden. Nahezu vier Millionen Ungarn fielen unter Fremdherrschaft.

Die Zeit nach dem Kriegsende hat manches Lügenmärchen aufgedeckt. So auch die Behauptung, daß Ungarns Kriegspolitik die Triebfeder zum Weltkrieg gewesen sei. Aktenpublikationen haben unmißverständlich die Tatsache erwiesen, daß die ungarische Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Graf Tisza mit zähester Energie bis unmittelbar in die ersten Augusttage des Jahres 1914 hinein gegen eine Kriegserklärung an Serbien sich gesträubt hat. England konnte sich auch in der Zwischenzeit davon überzeugen, daß in den Vorkriegsjahren die serbische und die rumänische Regierung nichts unversucht ließen, um in den ehemaligen ungarischen Grenzgebieten eine Abfallbewegung großzuzüchten. Die Hilferufe der „befreiten" ungarischen Minderheiten aus der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien sorgten ihr Teil dazu, England, wenigstens große Teile des englischen Volkes, von dem Unrecht zu überzeugen, das durch den Friedensvertrag von Trianon dem ungarischen Selbstbestimmungsrecht zugefügt wurde. Mit erfreulicher Energie hat Lord Rothermere nun die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen und seine Pressekampagne eröffnet, die darauf hinzielt, auf friedlichem Wege die Nachbarvölker Ungarns zu bewegen, in eine Revision des Friedensvertrages von Trianon einzuwilligen. Daß eine solche „Zumutung" in Bukarest, Prag und Belgrad einen Sturm der Entrüstung auslöste, darf in Anbetracht des chauvinistischen Dünkels dieser kleinen „Sieger" nicht wundernehmen. Wenn in diesen Ländern auch versucht wird, die Aktion Lord Rothermeres als gänzlich zwecklos und bedeutungslos hinzustellen, so verbirgt sich doch in der maßlosen Wut, mit der die Presse dieser Staaten den englischen Zeitungsgewaltigen überfällt, eine unverkennbare Angst und ein merkliches Unbehagen. Fürchtet man doch, daß es den Bemühungen Lord Rothermeres noch gelingen könnte, große Teile der Weltöffentlichkeit von der Wahrheit über das mitteleuropäische Unrecht zu überzeugen. In Deutschland hat man diesem englischen Zeitungskampf die größte Beachtung zu schenken. Denn es läßt sich logischerweise nicht abstreiten, daß alles, was Lord Rothermere gegen den Wahnsinn des Vertrages von Trianon anführt, sich auch auf das Unrecht und die Sinnlosigkeit des Versailler Vertrages ableiten läßt. Beklagt der Engländer das Schicksal der ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubten Ungarn, so beklagt er auch das Los der aus ihrem Mutterland herausgerissenen Deutschen. Das eine Unrecht kommt den anderen gleich. Das wird sich die Weltöffentlichkeit beim Lesen der Rothermereschen Artikel sagen müssen. Damit wären wir schon einen Schritt vorwärtsgekommen.

Stresemann und Woldemaras.

Am Dienstag hat in Genf der Vertreter Deutschlands im Völkerbundsrat, **Herr Dr. Stresemann, den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras empfangen.** Man darf annehmen, daß der deutsche Außenminister in dieser Unterredung **keinen Hehl aus der tiefen Entrüstung und Enttäuschung des deutschen Volkes über das geradezu skandalöse Verhalten Litauens im Memelgebiet gemacht hat.** Herr Dr. Stresemann ist zu einer solchen Empörung um so eher berechtigt, als gerade Herr Woldemaras, Litauens Ministerpräsident, vor noch nicht allzu langer Zeit ihm in die Hände hinein versprach, daß Litauen von nun an bemüht sein werde, die Beziehungen zwischen der Politik Kownos und dem Deutschtum erträglicher und normaler zu gestalten. Die Unterredung der beiden Minister in Genf war um so notwendiger, als in den letzten Tagen die litauische Tyrannei in Memel Formen angenommen hat, die geradezu einen Hohn auf die einstigen Versprechungen des Herrn Woldemaras darstellen. Die litauische Regierung hat nicht nur, trotz energischer Vorstellungen der deutschen Behörden im Memelgebiet, die Ausweisungsbefehle gegen die deutschen Redakteure nicht zurückgenommen, sie hat auch die von der Ausweisung betroffenen Schriftleiter durch Organe ihrer Polizei festnehmen lassen, um sie mit Gewalt über die Grenze „abzuschieben". Der Zweck, der mit diesem Willkürakt Kownos erreicht werden soll, ist nicht schwer zu erraten: die deutsche Presse des Memelgebietes soll mundtot gemacht werden. Daß die Zwergdiktatoren in Kowno sich nicht scheuen, gerade zu einem Zeitpunkt, wo der Völkerbund in Genf über die Befriedung Europas sich den Kopf zerschlägt, eine solche völlig rechts- und vertragswidrige Maßnahme durchzuführen, zeigt zur Evidenz, wie hoch das Ansehen der Genfer Institution in Kowno bewertet wird. Herr Dr. Stresemann hat nun zwar den litauischen Ministerpräsidenten empfangen, aber er wird sich wohl durch die Tatsachen im Memelgebiet überzeugt haben, was er von Versprechungen zu halten hat, die ihm ein litauischer Ministerpräsident zu geben sich bequemt. Er wird sich daher wohl ernstlich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob es nicht doch besser wäre, diese fortgesetzte unerhörte Provokation Litauens einmal zur öffentlichen Diskussion im Völkerbundsrat zu bringen. Bei einigermaßen gutem Willen müßte es doch den Herren in Genf gelingen, die Ueberheblichkeit und maßlose Arroganz des kleinen Gernegroß im Osten einzuschränken.

•

* **Genf.** (Telunion.) In der gestrigen Nachmittagssitzung der Vollversammlung des Völkerbundes begann die **allgemeine Aussprache über den Bericht des Völkerbundsrates und des Generalsekretärs.** Hierbei brachte der holländische Außenminister einen Zwischenentwurf ein, der die Grundsätze des Genfer Protokolls von 1924 neu aufleben läßt. In der Entschließung heißt es: Die Völkerbundsversammlung sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß, ohne allerdings eine Diskussion über das Genfer Protokoll von 1924 wieder aufnehmen zu wollen, es dennoch wünschenswert sei, in eine neue Prüfung der Grundsätze des Genfer Protokolls zu treten. Die Vollversammlung des Völkerbundes beschließe, die Prüfung der Prinzipien des Protokolls von 1924 sowie die Schlußfolgerungen des Berichtes der vorbereitenden Abrüstungskommission den zuständigen Kommissionen der Vollversammlung zur Stellungnahme zu überweisen. Der **holländische Außenminister** begründete in längeren Ausführungen seinen, der Vollversammlung vorgelegten Resolutionsentwurf. Er wies darauf hin, daß die Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes bisher zu keinem Erfolg geführt hätten. Die Ursache hierfür liege in der immer noch nicht durchgeführten moralischen Entwaffnung und in der Ablehnung der Grundsätze des Genfer Protokolls. Der Geist dieses Protokolls sei jedoch nicht tot und es wäre jetzt der Zeitpunkt gekommen, seine Grundsätze auf ihren wahren Wert von neuem zu prüfen. Die Abrüstung sei der erste Schritt und die Voraussetzung für die allgemeine Sicherheit. Jede Regierung müsse sich dessen bewußt sein, welche Verantwortung sie auf sich nehme, wenn sie die Durchführung des Abrüstungsgedankens ablehne. Die Erklärungen des holländischen Außenministers wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Lediglich die englische Delegation nahm an der allgemeinen Beifallskundgebung nicht teil.

Nach der Rede des holländischen Außenministers wurde die Sitzung geschlossen.

•

Aus den Ausschüssen der Völkerbundsversammlung.

X **Genf.** Die sechs Ausschüsse der Völkerbundversammlung nahmen gestern ihre Arbeiten auf, beschränkten sich jedoch auf die Formalien. Im 1. Ausschuß (Rechts- und Verfassungssachen) ist Deutschland vertreten durch Reichsminister Dr. Stresemann und Ministerialdirektor Dr. Gaus, im 2. (technische Organisationen) durch Reichsminister Dr. Stresemann, Abg. Dr. Breitscheid und Ministerialrat Imhoff, im 3. Ausschuß (Abrüstung) durch Graf Bernstorff, Gesandten Göppert und Geheimrat Freiherrn von Weizsäcker, im 4. Ausschuß (Budget) durch Abg. Prälat Kaas und Ministerialrat Karlowa, im 5. Ausschuß (soziale und humanitäre Fragen) durch Staatssekretär a. D. Freiherrn von Rheinbaben, Abg. Frau Lang-Brumann und Ministerialrat Ruppert und im 6. Ausschuß (politische Fragen) durch Staatssekretär von Schubert, Abg. Prof. Haetzsch und Generalkonsul Aschmann.

Das Hauptinteresse dürfte sich auf die Arbeiten des 3., des Abrüstungsausschusses, konzentrieren, in dem der Vorsitzende Benesch gestern ankündigte, daß er neben der zur Zeit allein auf der Tagesordnung stehenden Frage einer Beschleunigung des Ratszusammentritts im Falle von Krisen alle im Zusammenhang mit dem Abrüstungsproblem stehenden Fragen der Gesamttagesordnung einbeziehen werde.

•

Eine amtliche polnische Erklärung über den Paktvorschlag.

Warschau. (Funkspruch.) Um in der Presse verbreitete ungenaue Nachrichten über den polnischen Paktvorschlag richtigzustellen, teilt das polnische Außenministerium mit, daß **die polnische Delegation in der Vollversammlung des Völkerbundes die Idee eines allgemeinen Nichtangriffspaktes zur Erörterung stellen werde.** Ueber die Form dieses Paktes könne gegenwärtig, bevor die Vollversammlung ihr Wort gesprochen habe, schwer etwas gesagt werden, doch solle dieser Pakt eine Erweiterung der Völkerbundssatzung darstellen, die aus den internationalen Beziehungen einen Krieg nicht vollkommen ausschlösse. Einem solchen allgemeinen Nichtangriffspakt könnten alle Mitglieder des Völkerbundes beitreten, allenfalls auch Staaten, die nicht zum Völkerbund gehören. Es sei klar, daß ein solcher Pakt gegen niemanden gerichtet sein würde und einzig die Festigung gegenseitigen Vertrauens zwischen den Völkern, die Vermehrung der allgemeinen Sicherheit und — was damit verbunden sei — die Hebung des Ansehens und des Einflusses des Völkerbundes zum Zwecke habe.

•

Der Wortlaut des polnischen Vorschlags in Genf bekanntgegeben.

Genf. (Funkspruch.) **Der Führer der polnischen Delegation, Sokal, hat gestern abend Briand und später in einer besonderen Besprechung den Vertretern der Kleinen Entente und einiger baltischer Staaten den Wortlaut der in den letzten Tagen lebhaft besprochenen polnischen Initiative bekanntgegeben. Der polnische Resolutionsentwurf geht von einer Empfehlung der letztjährigen Völkerbundsversammlung auf erweiterte Anwendung von Schiedsverträgen ähnlich den in Locarno abgeschlossenen aus und erklärt dann jeden Krieg als „außer den Gesetzen" stehend. Mit dieser Formel werde an eine Vervollständigung des Art. 15 des Völkerbundspaktes gedacht, der in einem Konfliktsfall, über den kein einstimmiger Spruch des Völkerbundsrates erreicht werden kann, den Mächten die Berechtigung zur Ergreifung solcher Maßnahmen gibt, die ihnen für die Verteidigung ihres Rechtes notwendig erscheinen.**

Ueber die neue polnische Formel fand am gestrigen Spätabend auch bereits ein Gedankenaustausch zwischen der **englischen und der französischen Delegation** statt.

•

Chamberlain gegen die polnischen Vorschläge.

* **Genf.** (Telunion.) **Der englische Außenminister Chamberlain** empfing gestern nachmittag einige Vertreter der englischen Presse. Chamberlain erklärte diesen, daß die englische Delegation die Kandidatur Kanada in dem Völkerbund unterstützen werde.

Zu den **polnischen Vorschlägen** erklärte Chamberlain, **es müsse der polnischen Regierung dringend empfohlen werden, die Sicherungen, die sie bereits erhalten hätte, nicht durch Maßnahmen zu entwerten.** Eine Aktion der polnischen Regierung zur Einleitung einer Diskussion über den Abschluß eines Sicherheitsvertrages könnte lediglich den Eindruck erwecken, als ob die Polen die bereits für Polen geschaffenen Sicherungen nicht als genügend erachten. Hierdurch würden diese zweifellos eine Entwertung erfahren. England könne nicht einsehen, was mit den polnischen Vorschlägen gewonnen werden könne. Es existierten schon die Garantien des Völkerbundspaktes, es existierten weiter die westlichen und östlichen Locarno-Verträge, die die Friedensgarantien noch verstärken. Mehr sei nicht nötig. **Wenn einzelne Redner das Bedürfnis hätten, in der Vollversammlung Friedensphrasen zu dreschen, so bleibe ihnen das unbenommen, aber England sei für eine Wiederbelebung des Genfer Protokolles und für neue Dinge nicht zu haben.**

Allgemein ist der außerordentlich gereizte Ton aufgefallen, in dem der englische Außenminister seine Erklärungen abgegeben hat.